

# GEMEINSAM VERÄNDERN

Beschluss des Juso-Landesvorstandes, 28.08.2012

Die anlasslose Überwachung des elektronischen Kommunikationsverhaltens aller Menschen in Deutschland („Vorratsdatenspeicherung“) stellt einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dar.

Die Jusos Bremen lehnen eine verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung von Kommunikationsdaten, wie Telefon- und Internetverbindungen sowie Standortdaten, in jeglicher Form ab und unterstützen das dazu innerhalb der SPD laufende Mitgliederbegehren gegen die Vorratsdatenspeicherung.

Wir fordern den Landesvorstand der Bremer SPD auf, das Mitgliederbegehren – im Sinne der mit dem Regierungsprogramm 2011 beschlossenen Ablehnung der Vorratsdatenspeicherung – ebenfalls zu unterstützen und alle Mitglieder in Bremen über das Begehren zu informieren sowie zur Beteiligung aufzurufen.